



Gemeinsame politische Handlungsempfehlungen

NAHOSTKRISE

Verwundbare und marginalisierte Bevölkerungsgruppen müssen besser vor den humanitären und sozialen Folgen geschützt werden

Die Zivilgesellschaft spielt eine wichtige Rolle bei der Stärkung einer friedlichen, gerechten und nachhaltigen internationalen Entwicklung. Im Rahmen des Projekts Countdown 2030 möchten die entwicklungspolitischen und humanitären Netzwerke Abong (Brasilien), CCRDA (Äthiopien), VANI (Indien) und VENRO (Deutschland) gemeinsam zu dieser Debatte beitragen und Nachhaltigkeit in multilateralen Prozessen fördern. Dieses Ziel ist besonders wichtig in Situationen, die das Wohlergehen der Menschen gefährden.

Der Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Israel auf der einen Seite und Iran auf der anderen Seite sowie die Eskalation im Libanon und in der Straße von Hormus sind weit mehr als eine regionale Sicherheitskrise. Die Krise wirkt als globaler Schockverstärker, vertieft bestehende Ungleichheiten und trifft insbesondere jene Länder und Bevölkerungsgruppen, die bereits von Armut, Hunger, Verschuldung und fragilen Versorgungssystemen betroffen sind. Der humanitäre Bedarf nimmt in der unmittelbaren Region und darüber hinaus deutlich zu. Die Krise verdeutlicht die Abhängigkeit des globalisierten Handelssystems von stabilen Handelsrouten, die Verwundbarkeit von Volkswirtschaften, die von fossilen Brennstoffen abhängig sind, sowie die Schwächen des internationalen Finanzsystems. Zugleich zeigt sie, dass erneuerbare Energien und gerechte, resiliente Energiesysteme Stabilität und Frieden stärken und Verwundbarkeiten verringern.

AUSWIRKUNGEN AUF INDIEN

In Indien gefährdet die Nahostkrise vor allem die Energiesicherheit, den Handel, die Wechselkurse, die Kosten im Luftverkehr sowie die Sicherheit indischer Arbeitsmigrant_innen in der Golfregion. Da Indien in hohem Maße auf Rohölimporte aus der Golfregion angewiesen ist, führen die Schließung der Straße von Hormus oder die Zerstörung regionaler Infrastruktur zu steigenden Ölpreisen, die Kosten für Kraftstoff, Strom, Düngemittel, Lebensmittel und Flugreisen steigen. Auch die Rupie wird geschwächt. Die Krise verteuert zudem den Handel mit Westasien und wirft Fragen zu Evakuierungen, Rücküberweisungen sowie zur Notwendigkeit fortgesetzter diplomatischer Bemühungen auf.

Die Krise belastet die öffentlichen Haushalte und schwächt die Lebensgrundlagen informell Beschäftigter und von Arbeitsmigrant_innen, die über keine finanziellen Rücklagen verfügen. In der Folge könnte die Zahl der von Armut betroffenen Menschen um rund 400.000 bis 2,5 Millionen steigen. Zusätzlich sind 9,37 Millionen indische Arbeitsmigrant_innen in der Golfregion Beschäftigungsrisiken ausgesetzt, wodurch eine wichtige Einkommensquelle für Haushalte in Indien bedroht ist.

Für viele vulnerable und strukturell benachteiligte Länder zeigen sich die Folgen des Krieges zunächst in steigenden Kraftstoffpreisen. Dies ist höchst problematisch, da Kraftstoffe für Transport, Landwirtschaft und Ernährungssysteme, Generatoren, Gesundheitseinrichtungen, Wasserpumpen und Kühlketten benötigt werden. Die Auswirkungen steigender Preise und von Engpässen bündeln sich in zentralen Bereichen menschlicher Sicherheit: Ernährung, Gesundheit, Energieversorgung, Entwicklungsfinanzierung und humanitäre Hilfe. In vulnerablen Ländern verstärken sich diese Krisen gegenseitig.

AUSWIRKUNGEN AUF BRASILIEN

Für Brasilien hat die Krise im Nahen Osten indirekte wirtschaftliche und geopolitische Folgen, da sie die weltweiten Preise für Öl und Düngemittel in die Höhe treibt, die Inflation im Inland anheizt und die Energiekosten steigen lässt. Infolgedessen erhöhen sich die Lebenshaltungskosten, der Konsum geht zurück, und es wird erwartet, dass die Agrarexporte schrumpfen. Als Reaktion auf diese Entwicklungen führte Brasilien eine Steuer von 12 Prozent auf Ölexporte ein. Außerdem beschloss das Land, Dieselmotoren zu subventionieren.

Die Ernährungssicherheit ist in vielen Ländern akut bedroht, während sich zugleich die Energiearmut verschärft. Die Unterbrechung der Schifffahrt in der Straße von Hormus treibt die Öl- und Gaspreise in die Höhe und erhöht die Kosten für Düngemittel und Lebensmitteltransporte. Wenn Energiequellen teurer oder knapper werden, steigen die Kosten grundlegender Dienstleistungen in vielen Bereichen des Alltags. Arme Haushalte sind besonders betroffen, weil sie einen größeren Anteil ihres Einkommens für Energie, Kochen, Mobilität und andere Grundbedürfnisse aufwenden müssen.

Auch Lebensmittelpreise und landwirtschaftliche Wertschöpfungsketten geraten weltweit unter Druck. Diese Entwicklung dürfte nicht auf einen kurzfristigen Preisschock beschränkt bleiben, sondern kann mehrere Aussaat- und Erntezyklen beeinträchtigen. Für Menschen in vulnerablen Ländern bedeutet dies wachsende Ernährungsunsicherheit; für Bevölkerungsgruppen, die bereits unter chronischer Unterernährung leiden, steigt das Risiko von Hunger und sogar Hungersnöten. Selbst bei einer raschen Deeskalation werden erhebliche wirtschaftliche und soziale Folgewirkungen bestehen bleiben.

Auch die gesundheitlichen Folgen sind gravierend. Direkte Auswirkungen des Krieges, Vertreibung sowie die Zerstörung medizinischer Einrichtungen und pharmazeutischer Produktionsstätten verschlechtern die Versorgungslage im Iran und im Libanon. Hinzu kommen längerfristige Belastungen durch Rauch, Feinstaub und Umweltverschmutzung. Über das unmittelbare Kriegsgebiet hinaus zwingen Inflation und sinkende Kaufkraft viele Haushalte weltweit dazu, zwischen Ausgaben für Lebensmittel und medizinische Versorgung zu entscheiden.

Ebenso schwerwiegend sind die Folgen für die Finanzierung von Gesundheit, Bildung und sozialer Sicherung. Subventionen für Energie und Lebensmittel binden knappe öffentliche Mittel in hoch verschuldeten Ländern. Steigende Energiepreise treiben die Inflation an und erhöhen den Druck auf Zentralbanken, die Zinsen anzuheben. Mögliche Zinserhöhungen in den Vereinigten Staaten können die globale Schuldenkrise verschärfen, da viele Kredite in US-Dollar denominiert sind. Höhere Zinsen und teurere Kredite verringern den fiskalischen Spielraum für öffentliche Investitionen weiter.

AUSWIRKUNGEN AUF ÄTHIOPIEN

In Äthiopien hat die Krise landesweit zu schweren Kraftstoffengpässen geführt, und die Regierung hat die Bevölkerung über staatliche Medien dazu aufgefordert, unnötige Reisen zu vermeiden. Die Kraftstoffpreise sind stark gestiegen und erreichen in einigen Regionen aufgrund von Lieferunterbrechungen das Drei- bis Vierfache des Preises in Addis Abeba. Gleichzeitig sind auch die Preise für Lebensmittel, Haushaltswaren und andere Güter deutlich gestiegen. Die Regierung hat neue Regeln für die Kraftstoffverteilung eingeführt, die dem Güterverkehr, dem öffentlichen Verkehr und anderen nationalen Schlüsselbereichen Vorrang einräumen, während lange Warteschlangen an Tankstellen inzwischen alltäglich geworden sind. Die Lage belastet die knappen öffentlichen Ressourcen des hoch verschuldeten Landes.

Auch über den Iran und den Libanon hinaus ist die Lage für die humanitäre Hilfe alarmierend. Geringere Finanzmittel, höhere Transportkosten und unterbrochene Versorgungswege erschweren die Lieferung von Lebensmitteln und Medikamenten. In Ländern wie Somalia und Sudan erreicht Hilfe die Menschen verspätet, nur teilweise oder gar nicht. Die meisten, wenn nicht alle, gegenwärtigen Konflikte sind von schweren Verletzungen des humanitären Völkerrechts durch die Konfliktparteien geprägt.

Zivilist_innen werden gezielt angegriffen, und grundlegende zivile Infrastruktur – darunter Krankenhäuser, Schulen, Wassersysteme und Energieversorgungsnetze – wird systematisch zerstört oder beschädigt. Diese Verstöße verschärfen die ohnehin schwerwiegenden überregionalen Auswirkungen des Iran-Krieges, indem sie den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen weiter einschränken, die operativen Kosten erhöhen und den humanitären Zugang begrenzen. Zugleich bindet der Konflikt politische Aufmerksamkeit und finanzielle Ressourcen, wodurch andere Krisen noch weiter in den Hintergrund geraten.

Politische Handlungsempfehlungen:

- Diplomatische Bemühungen zur Deeskalation, zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts und zum Schutz von Zivilist_innen sowie ziviler Infrastruktur, insbesondere von Gesundheitseinrichtungen, unterstützen.
- Kurzfristige Schutzmaßnahmen gegen Hunger und Versorgungskrisen überwachen und anpassen. Dazu gehört die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Ernährungssicherheit, soziale Sicherungssysteme und die Stabilisierung lokaler Agrarsysteme in besonders betroffenen Ländern.
- Humanitäre Hilfsbudgets deutlich erhöhen und flexibler ausgestalten, damit steigende Kosten für Transport, Energie und Beschaffung nicht unmittelbar zu Kürzungen lebensrettender Hilfe führen.
- Den Ausstieg aus der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen durch eine gerechte, rechthebasierte und lokal verankerte Energiewende beschleunigen. Dazu gehören Investitionen in dezentrale erneuerbare Energien, Energieeffizienz, diversifizierte und resiliente Energiesysteme sowie bezahlbare saubere Kochenergie.
- Die Gesundheitseinrichtungen in Konflikten besser schützen und den Wiederaufbau lokaler Gesundheitssysteme gezielt unterstützen, einschließlich psychosozialer Versorgung und Angeboten für besonders vulnerable Gruppen.
- Weitreichende Reformen der internationalen Finanzarchitektur umsetzen. Dazu gehören Schuldenerlasse, fairere Kreditbedingungen, größerer fiskalischer Spielraum für betroffene und vulnerable Länder sowie eine stärkere Vertretung dieser Länder in internationalen Finanzinstitutionen.



Herausgeber:

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO),
Stresemannstraße 72, 10963 Berlin, Telefon: 030/2 63 92 99-10E-Mail: sekretariat@venro.org
Redaktion: Dr. Sonja Grigat; Endredaktion: Janna Völker

Berlin, 26. Mai 2026

Diese Publikation wurde im Rahmen des VENRO-Projekts „Countdown 2030 – Globale Ziele brauchen Zivilgesellschaft“ in Zusammenarbeit mit ABONG, CCRDA und VANI entwickelt. Das Projekt wird von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des BMZ gefördert.

Mit Mitteln des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung